

# Wertschöpfung schafft Wirkung

## Antworten zu den gestellten Fragen

Gibt es die Möglichkeit, Zahlungen nach § 6 EEG rechtlich konform vor der Genehmigung zu kommunizieren?

Ja, Projektierer dürfen die Möglichkeit der Zahlung nach § 6 EEG frühzeitig kommunizieren – wichtig ist dabei, klarzustellen, dass es sich um eine freiwillige Zahlung ohne rechtlichen Anspruch handelt. Eine Verknüpfung mit dem Genehmigungsverfahren muss unbedingt vermieden werden, um Interessenskonflikte auszuschließen.

Wie wählt man die Teilnehmer für einen Bürgerrat am besten aus?

Am fairsten ist eine Zufallsauswahl mit Quoten, etwa nach Alter, Geschlecht und Wohnort, um ein möglichst vielfältiges Abbild der Bevölkerung zu erreichen. Viele Prozesse nutzen Losverfahren in Kombination mit gezielter Ansprache unterrepräsentierter Gruppen.

Warum werden Gemeinden/Bürger nicht von Anfang an informiert? Das sollte verpflichtend sein.

Die Praxis ist leider unterschiedlich – es gibt keine gesetzliche Pflicht zur Vorabinformation. Viele Projektierer setzen aber zunehmend auf frühzeitige Dialogformate, weil sie wissen: Beteiligung vor der Planung verhindert Widerstand danach. Eine gesetzliche Verpflichtung wäre wünschenswert, wird aber politisch derzeit noch diskutiert.

Wie sieht es mit der Lobby aus? Bestechungsgelder für schnellere Genehmigung?

Solche Vorwürfe sind ernst – aber absolute Einzelfälle. Genehmigungen erfolgen nach klaren gesetzlichen Verfahren mit Behördenbeteiligung, nicht durch Gemeinderäte. Bei Zweifeln sind Kommunalaufsicht oder Staatsanwaltschaft die richtigen Stellen.

Warum kein Mindestabstand von 1000 Metern im Außenbereich? Sind diese Menschen weniger wert?

Jede:r ist gleich viel wert. Der Mindestabstand ist eine politische Abwägung zwischen Klimazielen, Raumplanung und Akzeptanz. Viele Länder setzen bewusst auf Einzelfallprüfung statt pauschaler Abstände, um Planungssicherheit zu wahren und regionale Unterschiede zu berücksichtigen.

Warum PV und Windkraft nicht direkt an der Bahn?

Das ist bereits möglich und wird zunehmend gemacht. Es braucht aber die Flächenfreigabe der Bahn, die in vielen Regionen lange Verfahren oder Sicherheitsauflagen mit sich bringt.

### Warum mehr Windkraft, wenn es kaum Speicher gibt?

Der Netzausbau und die Flexibilisierung des Stromsystems schreiten parallel voran. Windkraft bleibt heute die günstigste und klimafreundlichste Energiequelle – auch ohne Speicher. Speicher werden kommen, aber sie ersetzen nicht den Erzeugungsausbau, sondern ergänzen ihn.

### Warum ist Speicher nicht verpflichtend?

Speicher sind teuer und (noch) nicht wirtschaftlich in vielen Projekten. Eine Pflicht würde viele Projekte unwirtschaftlich machen. Stattdessen setzt die Politik auf Anreize und Marktmechanismen.

### Warum keine Solarpflicht auf städtebaulichen Gebäuden?

Einige Bundesländer (z. B. BW, BY, HH) haben sie eingeführt. Auf Bundesebene fehlt derzeit eine einheitliche Regelung. Ziel ist, Pflicht und Förderanreize klug zu kombinieren, ohne Baukosten massiv zu erhöhen.

### Warum dauert der Netzanschluss so lange?

Netzbetreiber sind häufig unterbesetzt und überlastet. Planung, Genehmigung und Bau des Anschlusses brauchen Zeit – das ist ein zentraler Flaschenhals, an dem derzeit intensiv gearbeitet wird.

### Warum wird nicht jeder Ort autark mit PV und Wind?

Autarkie klingt attraktiv, ist aber technisch, wirtschaftlich und rechtlich nicht flächendeckend machbar. Ein stabiles Stromsystem braucht Austausch und Ausgleich zwischen Regionen, nicht nur Inselösungen.

### Welche Möglichkeiten gibt es für Strompreissenkungen für Standortkommunen?

Einige Modelle bieten lokale Stromtarife oder Bürgerstrom an. Andere nutzen die Einnahmen aus Projekten für indirekte Entlastung – etwa durch kommunale Investitionen oder Energieschecks. Wichtig: rechtlich sauber und transparent gestalten!

### Welcher kreative Weg ist der erfolgversprechendste?

Der erfolgversprechendste Weg ist oft: ehrlich kommunizieren, lokal einbinden und finanziell teilhaben lassen. Modelle wie Bürgerstiftungen, Energievereine oder Gemeinwohlfonds kombinieren Wirkung mit Vertrauen.

### Warum bauen so wenige Kommunen eigene EE-Anlagen, obwohl es sich lohnt?

Oft fehlen Kapazitäten, Erfahrung oder Investitionsmittel. Aber wo es gelingt – etwa über Zweckverbände oder Beteiligungen – profitieren Gemeinden langfristig. Hier ist Unterstützung bei Projektentwicklung und Finanzierung gefragt.

### Welche Faktoren sind für Kommunen entscheidend bei der Projektiererwahl?

Wichtig sind: Transparenz, langfristige Verlässlichkeit, frühe Einbindung, fairer wirtschaftlicher Anteil und Erfahrung mit kommunaler Zusammenarbeit. Ausschlussfaktoren sind oft Intransparenz, Zeitdruck oder fehlende Mitsprache.

### Können die 0,2 ct EEG-Zahlung an mehrere Kommunen gehen?

Ja – die 0,2 ct/kWh können anteilig auf mehrere Gemeinden verteilt werden, die sich im Radius von 2,5 Kilometer um die Windenergieanlage befinden, wenn dieser über Gemeindegrenzen verläuft. Bei Freiflächen-Photovoltaik bekommt die Standortgemeinde die Zahlung. Der Projektierer regelt das im Vertrag mit den Kommunen.

### Wie wirkt sich ein Solarpark auf die Grundsteuer aus?

Wird eine Fläche nicht mehr landwirtschaftlich genutzt, wechselt sie von Grundsteuer A zu Grundsteuer B. Das kann höhere Einnahmen für die Gemeinde bedeuten, betrifft aber vor allem den Eigentümer.

### Was sind die besten Argumente für skeptische Kommunen oder Bürger?

- Konkrete Zahlen: Was kommt an Geld rein?
- Gestaltungsspielräume zeigen
- Langfristige Sicherheit für Gemeindehaushalt und Daseinsvorsorge
- Referenzprojekte mit positiver Erfahrung anderer Kommunen

### Gilt das Beteiligungsgesetz bundesweit?

Nein, bisher haben nur einzelne Bundesländer (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen und Thüringen – Stand 15. Mai 2025) ein solches Gesetz. § 6 EEG gilt bundesweit – ist aber freiwillig.

### Warum Stiftung statt Gemeindeverwaltung?

Stiftungen sind dauerhaft, unabhängig und zweckgebunden – sie können Gelder transparent verwalten, Beteiligung ermöglichen und Bürger mit einbinden. Für Gemeinden mit knapper Verwaltung oft eine Entlastung, kein Ersatz.